

# Volkswacht

für Schlesien

**Anzeigenpreis:** 10 Zeilen für gewöhnliche Anzeigen aus Schießen 1.10 Mk., auswärts 1.35 Mk. Einzeilen unter Text 1.20 Mk., auswärts 1.45 Mk. Stellenangebote, Familienangelegenheiten 0.45 Mk. Hochzeits-, Verlobungs-, Begräbnis- und Wohnungs-Anzeigen 0.45 Mk. Klein-Anzeigen pro Wort 0.50 Mk., das letzte Wort 1.00 Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Redaktion Platzstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

**Organ für die werktätige Bevölkerung**

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852.

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und im durch die Haupt-Redaktion: Platzstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Hauptstraße Nr. 5, und durch alle Anzeiger zu beziehen. Vierteljährlich 1.50 Mk., monatlich 0.50 Mk., vierteljährlich 1.50 Mk. (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 1.80 Mk.

## Genf verhandelt mit London und Paris.

### Das Wiesbadener Abkommen.

Unser Berliner — Mitarbeiter schreibt:  
Das Abkommen von Wiesbaden ist verständlich nur im Zusammenhang mit dem Frieden von Versailles und dem Ultimatum von London. Das Ultimatum von London war eine Ausführungsbestimmung zum Frieden von Versailles (und zugleich teilweise eine Abänderung). Das Abkommen von Wiesbaden ist eine Ausführungsbestimmung zum Londoner Ultimatum.

Nach dem Londoner Ultimatum hat Deutschland im Ganzen 132 Milliarden Goldmark zu bezahlen. Darauf sind am 1. Juli Schuldverschreibungen im Betrag von 12 Milliarden Goldmark ausgegeben worden, Schuldverschreibungen für einen weiteren Betrag von 38 Milliarden Goldmark sind am 1. November auszustellen, und ebenso zu dem gleichen Termin Schuldverschreibungen für 82 Milliarden Goldmark. Das ist zunächst bedrucktes Papier mit der Anerkennung deutscher Schuldverschreibungen, sonst nichts. Die ersten 50 Milliarden Goldmark in deutschen Schuldverschreibungen wollte die Entente zunächst auf den Markt bringen, bisher aber hat sich gezeigt, daß kein Mensch diese Papiere kaufen will. Sie erscheinen den Kapitalisten viel zu unsicher.

Deutschland soll nach dem Plan des Londoner Ultimatus zunächst die ersten 50 Milliarden seiner Schuld verzinsen und teilweise amortisieren. Zu diesem Zweck soll es jährlich zwei Milliarden Goldmark und außerdem 26 Prozent des Wertes seiner Ausfuhr bezahlen. Diese Zahlungen werden, wie gesagt, zunächst zur Verzinsung und teilweisen Tilgung der ersten 50 Milliarden verwendet, bleiben Ueberüberschüsse, so sollen Teile der restlichen Schuldverschreibungen von 82 Milliarden nach und nach in den Verkehr gebracht werden.

Die Zahlungen Deutschlands sind entweder in ausländischen Zahlungsmitteln oder in Waren zu leisten, die Deutschland zu einem bestimmten Preis auf sein Reparationskonto gutgeschrieben werden. Die jährliche Gesamtleistung Deutschlands wird unter den Berechtigten verteilt in der Weise, daß Frankreich etwas über die Hälfte, 52 Prozent, davon erhält.

Das also ist der Rahmen, in den das Wiesbadener Abkommen hineingebaut worden ist. Sein Zweck ist vor allem, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs zu fördern. Der Aufbau soll durch eine französische Gesellschaft erfolgen, von Anforderung deutscher Arbeitskräfte für das zerstörte Gebiet ist zunächst nicht die Rede. Aber was zum Wiederaufbau gebraucht wird, an Baumaterialien, Geräten, Maschinen usw., das soll von Deutschland angefordert und von ihm geliefert werden.

Nun soll aber Frankreich von der deutschen Gesamtleistung immer nur 52 Prozent bekommen. Nehmen wir an, die deutsche Gesamtleistung betrüge 3,5 Milliarden Mark, dann hätte Frankreich etwa 1,8 Milliarden davon zu bekommen. Erreichte dann die deutsche Leistung in Waren diesen Betrag, so würde Frankreich von Deutschland nur Waren und kein Geld bekommen. Würde aber die deutsche Leistung für den Wiederaufbau jenen Betrag übersteigen, so hätte Frankreich, weil seine 52 Prozent überschritten sind, noch bares Geld an seine Alliierten herauszugeben.

Um diese Folgen zu vermeiden, hat man die Abmachung getroffen, daß zunächst, in den nächsten 44 Jahren nur 35 Prozent der deutschen Wiederaufbauleistungen auf Reparationskonto gutgeschrieben werden. Den Rest von 65 Prozent bleibt Frankreich Deutschland schuldig, der geht also bis auf weiteres in die anderen Alliierten nichts an. Im Laufe der Jahre tritt dann ein Ausgleich ein, indem auch die 65 Prozent, die Frankreich zunächst schuldig geschrieben war und mit 5 Prozent verzinst hatte, zurückbezahlt, d. h. auf das Reparationskonto gutgeschrieben werden.

Damit ist erreicht, daß Frankreich für die zerstörten Gebiete bekommen kann, was es braucht und was Deutschland zu leisten imstande ist. Und noch ein zweites ist für Frankreich erreicht. Es bekommt nicht mehr hohe Schuldverschreibungen, die kein Mensch nimmt, weil keiner in dem innigen Markt treuen es beizubringen kann.

ihm nicht mehr verloren gehen können. Wäre Deutschland nach einigen Jahren genötigt, seine Zahlungen einzustellen, oder würde Deutschland ein wesentlicher Teil seiner phantastischen Verpflichtungen abgenommen werden, so hätten die Franzosen inzwischen doch aus der Konkursmasse des Versailles-Friedens das Wichtigste gerettet: den Wiederaufbau ihres zerstörten Gebiets.

Man kann die Frage aufwerfen, warum Deutschland dieses Abkommen abgeschlossen hat, deren Vorteile für Frankreich ohne weiteres sichtbar sind, die für Deutschland aber nicht. Darauf ist zu antworten: Deutschland hat dieses Abkommen abgeschlossen, weil es selber ein starkes politisches Interesse daran hat, die offene Wunde Frankreichs zu heilen und seine Beziehungen zu Frankreich zu verbessern. Wirtschaftlich hat Deutschland ein lebhaftes Interesse daran, einen möglichst großen Teil seiner Verpflichtungen in Waren und nicht in ausländischen Geldsorten abzutragen. Je größer der Anteil ist, den Deutschland in fremden Geldsorten zu bezahlen hat, desto tiefer sinkt die deutsche Mark. Warenleistungen aber haben den Vorteil, daß sie ständige Arbeitsgelegenheit bieten. Außerdem gewöhnt sich Frankreich daran, in großem Maßstab Abnehmer deutscher Waren zu werden, und diese Beziehungen werden für die deutsche Wirtschaft wertvoll bleiben, wenn einmal die Verpflichtungen aus dem Versailles-Vertrag erfüllt oder in irgend einer Weise abgelöst sein werden.

Das Abkommen unterliegt nicht der Bestätigung durch die Parlamente, weil es sich nur um Ausführungsbestimmungen handelt. Der Friedensvertrag und Verträge, die ihn abändern, haben die Bedeutung von Gesetzen und müssen staatsrechtlich wie Gesetze behandelt werden. Die Ausführungsbestimmungen sind aber Verordnungen gleichzustellen, die von den Regierungen ohne Mitwirkung der Volksvertretung erlassen werden können.

Jedoch kann kein Zweifel daran bestehen: Wäre das Abkommen an den Reichstag gelangt, so würden die Sozialdemokraten dafür gestimmt haben. Denn das Abkommen liegt ganz in der Linie des ehrlichen Erfüllungswillens und der Politik der Verständigung von Volk zu Volk. Seine Wirkungen auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich muß man abwarten. Immerhin ist die Haltung der französischen Presse diesem Abkommen gegenüber ein günstiges Vorzeichen.

### Der Devisencredit der Industrieunternehmer an das Reich.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)  
Der Reichszankler Dr. Wirth kehrt heute Nachmittag nach Berlin von einer kurzen Urlaubsreise zurück, um den Reichswirtschaftsrat stattfindenden Verhandlungen über die Devisenbeschaffung beizuwohnen. Die Reichsregierung wird in dieser Sitzung zu den Hadenburgschen Vorschlägen eine Erklärung abgeben. Da der von dem Reichszankler in Karlsruhe angekündigte Plan mit dem Hadenburgschen Vorschlägen in Verbindung stehen soll, wird die Regierungserklärung mit besonderer Spannung erwartet, zumal von ihr die Lösung des Steuerproblems und die Frage der Koalitionserweiterung abhängt.

### Zugreifen!

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)  
Helmut von Gerlach beschäftigt sich in der heutigen „Welt am Montag“ u. a. mit der Erfüllung der Reparationen und sagt:

„Es erbärmlicher die deutsche Saluta wird, um so glänzender prosperiert die Industrie... Die Industrie schwimmt im Gelde, wie die Landwirtschaft. Die Kurse mancher Aktien klettern an einem Tage um Hunderte von Prozenten in die Höhe, dabei geht der Steuerfiskus fast leer aus. Die Gewinne werden in ihrem Riesenumfang verheert. Künftig hält man die Dinstunden niedrig, stellt Unsummen zurück, verteilt Unsummen an die Aktionäre in Form von Gratifikationen oder ganz billigen „jungen“ Aktien. Da hilft nur eins: Das Reich muß Teilnehmer werden an den Unternehmungen selbst. Werden alle Aktienanteile usw. um 20 Prozent vermehrt und diese 20 Prozent dem Reiche gratis überwiesen, so bekommt das Reich einen richtigen Realwert in die Hand. Der Inflation können wir nur zu Leibe gehen, wenn wir die Milliarden des vor dem Steuerheber „geretteten“ Papiergeldes uns richtig heranziehen. Das aber geht nur im Wege des Zwanges zur Abstampfung. Wer dem Staat kein

Steuern und einer großen Anleihe vertagen wir den Tag unseres Bankrottes. Vermeiden können wir ihn nur, wenn wir endlich das Reich an der Quelle unseres Volksvermögens beteiligen.

### Neue Verschiebung der ober-schlesischen Entscheidung.

Die „Agence Havas“ meldet aus Genf: Der Völkerbundsrat sei noch nicht in der Lage, ein Gutachten über die ober-schlesische Frage abzugeben. Die Schlussfolgerungen der vier nichtständigen Mitglieder, die mit der Prüfung der Frage beauftragt seien, wurden dem Völkerbundsrat noch nicht unterbreitet. Dieser nehme erst Anfang nächster Woche in einer Vollversammlung davon Kenntnis.

Aus der Abreise des englischen Delegierten Fisher nach London und anderen Anzeichen geht ziemlich eindeutig hervor, daß die neue Verschiebung der Entscheidung auf Verhandlungen zwischen Genf und den Kabinetten der großen west-europäischen Mächte beruht. Ueber den Inhalt der Verhandlungen, die angeblich fertigen Entscheidungspläne, liegen wieder Meldungen vor, die einander aufs äußerste widersprechen und durchweg geringe Glaubwürdigkeit besitzen.

### Die ober-schlesischen Betriebsratswahlen.

Von polnischer Seite wurde anlässlich der Entscheidung des Völkerbundsrats über Oberschlesien eine Statistik über die Wahlen der Betriebsräte in den ober-schlesischen Landesteilen nach Genf übermittelt, um zahlenmäßig nachzuweisen, daß die polnische Arbeitererschaft die deutschen Arbeiter überwiegt. Wie so oft von polnischer Seite mit falschen Behauptungen und falschem Material Beweise geführt wurden, so beruht auch die genannte Statistik nicht auf Tatsachen, sondern auf reinen Behauptungen. Sämtliche deutsche Gewerkschaften Oberschlesiens haben sich deshalb veranlaßt gesehen, auf Grund einwandfreien Materials gleichfalls eine Denkschrift über die Betriebsrätewahlen an den Völkerbundsrat zu senden. Aus den Angaben der Gewerkschaften geht hervor, wie die bestehenden Betriebsräte während des Aufstandes von den In-surgenzführern aufgelöst worden sind, an ihrer Stelle polnische Betriebswahlen angeeignet wurden und mit welchen Mitteln gearbeitet worden ist, um das deutsche Element in den Kreisen Plek und Rybnik mundtot zu machen. In Wirklichkeit hat die Betriebsrätewahl eine starke deutsche Mehrheit ergeben, was durch die Denkschrift an folgenden amtlichen Feststellungen bewiesen wird:

1. Großindustrie (alle im Berg- und Hüttenmännischen Verein zusammengeschlossenen Arbeitgeberbetriebe)	706	
2. Kleinindustrie (Chemie, Ziegeleien, Schamott- und Kalkwerke, Zementfabriken)	160	5
3. Tischlereien und Sägewerke	185	30
4. Fabrikbetriebe	514	13
5. Landwirtschaftliche Großbetriebe	116	44
6. Eisenbahn	581	150
	2262	1100

In dieser Zusammenstellung sind die Kleinbetriebe, Bau-schlossereien, Schmiedewerkstätten, landwirtschaftliche Maschinenbauanstalten usw., die mit der Großindustrie nicht zusammenhängen, nicht in Erwägung gezogen. Besonders ist noch hervorzuheben, daß auch die interalliierte Kommission ihr Teil zur Verhinderung der Wahlen beigetragen hat und, daß durch ihr Zutun insbesondere die Wahl der Beamtenräte bei der Eisenbahn unterbunden wurde. Nach der Bekanntgabe des vorliegenden Materials und der begründeten Tatsachen wird es gewissen polnischen Kreisen künftighin schwer fallen, sich noch weiterhin der Unwahrheiten zu bedienen und auf dem Papier Beweise für die polnische Mehrheit innerhalb der Betriebe zu erbringen.

### Ein gewichtiges Wort gegen Privatbetrieb im Eisenbahnwesen.

Die Präsidenten aller deutschen Eisenbahndirektionen, die in München zu einer Reichsverkehrs-konferenz versammelt waren, lehnten in ihrer Sitzung vom Sonnabend die Verantwortung der Ueberführung der Reichseisenbahn in Privatbetriebe ab. Diese Stellungnahme ist außerordentlich erfreulich und kennzeichnet die Lage in bemerkenswerter Weise. Die Präsidenten der Eisenbahndirektion gehören zu den höheren Beamten, die im Dienste des Reiches tatsächlich materielle Opfer bringen. Es ist nun einmal unüberwindliche Tatsache, daß die Privatindustrie bedeutend höhere Gehälter zahlt, als es das Reich kann, und dieser Umstand hat dazu geführt, daß aus den Zentralbehörden, aus den Ministerien usw. sich eine große Zahl von höheren Beamten regelrecht hat austausen lassen. Wenn die Präsidenten der deutschen Eisenbahndirektion sich gegen eine Privatisierung der Eisenbahn gewandt haben, so ist das eine Stellungnahme, die gegen ihr eigenes materielles Interesse gerichtet ist. Man muß sich dabei daran erinnern, daß sich auch in diesen Stellen noch

# In die Partei!

Der Parteitag in Götting liegt hinter uns. Er war eine Heerschau über die Stärke und innerlich geschlossenste Partei der Welt. Er war ein Parteitag harter, fruchtbringender Arbeit im Dienste des Proletariats. Wenn keine Ergebnisse heute noch im Urteil der Partei unstritten sind, so liegt das an den Schwierigkeiten der von ihm behandelten Probleme, die auf den veränderten sozialen und politischen Lebensbedingungen unserer Zeit erwachsen. Klar ist jedoch dies eine, daß der entschlossene Wille, erzwungene Kompromissionen zu vermeiden und zu erweitern, den Parteitag beherrschte. Alle seine Beschlüsse dienen nur diesem Zweck.

Dem Parteitag zu Götting ist es gelungen, der Partei ein neues Programm zu geben, das einen jahrzehntelangen Streik der Geister abschließt und den Kämpfen der Gegenwart Wege und Ziele weist. Schon dadurch allein wird der Parteitag von Götting als der denkwürdigsten und fruchtbarsten einer in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie fortleben.

Das Göttinger Programm bedeutet keine Abkehr von der großen Vergangenheit der Partei, sondern eine Führung über sie hinaus im Sinne einer dreißigjährigen Entwicklung ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse und praktischen Erfahrungen. Die demokratische Republik ist nicht mehr entferntes Ziel, sondern gewonnener Gut, das verteidigt und gefördert werden muß. Dem Sozialismus gilt der Kampf, der nur in langem harten Ringen mit geistigen Waffen gewonnen werden kann. Es gilt das Los des schaffenden Volkes zu erleichtern, das politisch befreit, aber durch den Krieg und seine Folgen wirtschaftlich zurückgeworfen ist.

Das Göttinger Programm ist ein erneutes Bekenntnis zu den hohen Menschheitszielen des sozialistischen Freiheitskampfes. Der Parteivorstand betrachtet es als eine seiner vornehmsten Pflichten, ihm die weitestgehende Förderung auf die Maßen zu versetzen, es zum geistigen Gemeingut des ganzen schaffenden Volkes zu machen. Dabei erwartet er die tatkräftige Unterstützung aller Parteigenossen und Parteigenossinnen.

Durch seinen Beschluß zur Frage der Regierungsbildung hat der Parteitag dem Parteivorstand die Bewegungsfreiheit gegeben, deren er bedarf, um die Interessen der Partei und des arbeitenden Volkes nach allen Seiten hin nach bestem Wissen und Gewissen zu vertreten.

Das Ziel der sozialdemokratischen Partei ist die Errichtung einer rein sozialistischen Regierung. Koalitionspolitik streift sie nur unter dem Zwange der Not, nicht einer der bürgerlichen Parteien aufzusehen. Sie ist schon jetzt zur Teilnahme an der Regierung gesonnen, weil sie die größte Partei des deutschen Volkes ist und zugleich die einzige Partei, die grundsätzlich und geschlossen auf dem Boden der republikanischen Verfassung und des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes steht.

Offen hat die Sozialdemokratie in Götting ihr Banner emporgerichtet, offen hat sie den politischen Gegnern gezeigt, was sie in Zukunft zu tun gedenkt. Mit rückwärtsloser Offenheit hat sie vor

allem den Neuchlern der Republik erklärt, daß sie den Kampf auf Leben und Tod gegen sie aufnehmen!

Im den Anderen ist es nun, zu bekennen!

Wollen sie den Bestand der Republik, die Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens, die Gleichberechtigung der werktätigen Schichten, dann gehen wir ein Stück Weges gemeinsam.

Wollen sie die Demokratie, die wirtschaftliche Knebelung oder die Mundtotmachung breiter Schichten, dann bietet die Sozialdemokratie für ihre Gegnerschaft und heftigsten Kampf.

Das ist die Parole von Götting!

Der Stimmt der Partei in die Reichsregierung erfolgt im Mai d. J. unter dem fürchterlichen außenpolitischen Druck. Ohne Bedingungen, ohne Vorbehalte — nur um das Land vor dem Schicksal zu bewahren, bildete die Partei mit Zentrum und Demokraten die neue Koalitionsregierung. Aber mit der bloßen Annahme des Ultimatums war die damals übernommene Aufgabe nicht erfüllt, ihre Lösung hat vielmehr jetzt erst begonnen, und der weitaus schwerste Teil steht noch bevor. Das ganze Volk ist an ihr beteiligt, und nur außerordentliche Maßnahmen können uns vor dem Untergange retten.

Wir können es ab, in den Reihen der Gläubigen zu erwecken, als ob die Sozialdemokratie heute allein imstande wäre, die eintönen Pflichten des Verfallenen Vertrages zu lösen oder allein die drückenden Verpflichtungen des Londoner Ultimatums zu erfüllen.

Der Parteitag in Götting anerkennt die realpolitischen Notwendigkeiten der Gegenwart. Er lehnte jede Politik der großen Worte ab, die die Massen in Illusionen gewickelt hätten und sie zur Abkehr von der Partei bewegen würden, wenn die gemachten Versprechungen sich nicht erfüllt hätten. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß die Verwirklichung unserer Forderungen nicht nur von unserem Willen, sondern auch von der Reife der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung abhängt.

Gegen die im freien Volkstume sich noch zu erhaltende Klassenjustiz, erobert der Parteitag lebhaften Protest, er fordert durchgreifende Maßnahmen bei der kommenden Justizreform. Durch Zurücknahme von Befugnissen, besonders bei den Strafgerichten aller Arten und Stufen, durch Wahl der Schöffen und Geschworenen muß eine deutsche Justiz geschaffen werden, die im Volke Vertrauen zur Rechtspflege erweckt.

Von dem Gedanken ausgeht, daß nur eine große, einige Kampfbereitschaft aller geistig und körperlich Schaffenden den Sieg über die reaktionären Mächte gewinnen kann, erklärte sich der Parteitag für die nationale und internationale Einigung des Proletariats. Die Sache aller Bedrückten der Erde erklärte er zu der seinen.

Mit dem Reden der ausländischen Gäste haben wir erfahren, daß die Welt der Arbeit noch immer mit Vertrauen und Hoffnung auf die deutsche Sozialdemokratie blickt. Recht fertigen mit diesen Vertrauen durch unermüdeten Kampf für unsere große Sache.

Schließt die Reihen! Werb: unerschütterlich für die Partei! Es lebe die Sozialdemokratie!

## Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Dr. Bartels, Dr. A. Braun, Otto Braun, R. Jünger, O. Franz, C. Heinrich, C. Hildenbrand, Marie Jahucz, Dr. Krüger, Hermann Mollath, Hermann Müller, W. Pfanhals, Ad. Ritter, Eilriede Ruedel, S. Schulz, Dr. Stampfer, D. Weis.

## Weiterer Briefwechsel zwischen S.P.D. und U.S.P.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat am 6. Oktober, nachdem die Antworten der bürgerlichen Parteien bezüglich der Erweiterung der Koalition nach links eingeleitet waren, folgendes Schreiben an den Vorstand der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands gerichtet:

Werte Genossen!

Der Briefwechsel, den wir in den letzten Tagen wegen der Umbildung der Regierung mit der Demokratischen und der Zentrumspartei geführt haben, ist Ihnen aus der Veröffentlichung in der Presse (siehe „Arbeit“ Nr. 46) vom 6. Oktober 1921) bekannt. Sie haben aus ihm die Stellungnahme dieser beiden Parteien ersehen.

Der Vorstand der SPD. hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Ergebnis dieses Briefwechsels befaßt und muß es leider mitteilen, daß die SPD., insbesondere wegen ihrer Stellung zu den politischen Problemen der Gegenwart, mit dem Schreiben des Herrn Koch genehmigt wird, zu erwidern.

Für die weitere Stellung unserer Partei zur Umbildung der Regierung wäre es für uns vor allem wertvoll, zu wissen, ob die U.S.P., die seit Annahme des Londoner Ultimatums die Regierung durch in der letzten Erfüllung des Ultimatums

und in der Führung einer republikanisch-demokratischen Politik unter dem Vorbehalt der vorbehaltlich der Festlegung des Koalitionsprogramms im einzelnen in dieses Kabinett nicht einbezogen werden. Unsere Partei legt auf den Einschluss der U.S.P. in das Kabinett Wert, den größten Wert, weil dieses damit eine höhere parlamentarische Mehrheit erhält, was aus vor allem im Hinblick auf die Verwirklichung der nächsten Zukunft und auf die Durchführung der zur Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen dringend geboten erscheint.

Mit sozialistischem Gruß  
J. A. Hermann Müller.

Am 6. Oktober richtete das Zentralkomitee der U.S.P. auf die eingehende Schreiben folgende Antwort an den sozialdemokratischen Parteivorstand:

Werte Genossen!

Die Schreiben vom 6. d. M. ist erst heute, als wir zweijährige Bestimmung in unsere Hände gekommen. Sie kommen uns darin entgegen auf die bereits am 1. Oktober veröffentlichten Antworten des Zentralkomitees der U.S.P.

Die Antworten veranlassen die Zentralkomitee, den Vorstand der U.S.P. folgende Punkte vom 6. Oktober zu dem Ergebnis:

Die Herren Abgeordneten die nicht den Kampf zu führen vermöchten, sind das eine wichtige Bedingung. Lediglich die Bedingung, dass Herr Köhler sich immer unabhängig, da er einflussreich ist, und sich nicht den Angehörigen der Partei von Amerikanern an. Das waren die Herren, die von den ordnungsgemäßen Dingen getrennt wurden, die der Partei mehr Sorge verursachen, als alle geschilderten Entschärfungen und Reaktionen zusammen. Herr Köhler ist auch die höchste denkwürdige Größe. Er hat nicht erkannt, daß es auf der Welt je zwei und keine einzige Partei gebe. Derartige Meinungen werden zu allem fähig! Herr Köhler hat auf keinen Fall, keine Hilfe verdienen, sondern nur einen zum anderen. Welche von diesen Herren hätte die Bombe geworfen? Würden sie keine Bomben werfen?

Herr Köhler hat nicht erkannt, daß es auf der Welt je zwei und keine einzige Partei gebe. Derartige Meinungen werden zu allem fähig! Herr Köhler hat auf keinen Fall, keine Hilfe verdienen, sondern nur einen zum anderen. Welche von diesen Herren hätte die Bombe geworfen? Würden sie keine Bomben werfen?

Herr Köhler hat nicht erkannt, daß es auf der Welt je zwei und keine einzige Partei gebe. Derartige Meinungen werden zu allem fähig! Herr Köhler hat auf keinen Fall, keine Hilfe verdienen, sondern nur einen zum anderen. Welche von diesen Herren hätte die Bombe geworfen? Würden sie keine Bomben werfen?

Herr Köhler hat nicht erkannt, daß es auf der Welt je zwei und keine einzige Partei gebe. Derartige Meinungen werden zu allem fähig! Herr Köhler hat auf keinen Fall, keine Hilfe verdienen, sondern nur einen zum anderen. Welche von diesen Herren hätte die Bombe geworfen? Würden sie keine Bomben werfen?

Niemand wird erwarten, daß diese Briefschreiberei noch zu einem positiven Ergebnis führt. Die Scherzfrage der Demokraten nach der unabhängigen Republik ist zwar nettlich, führt aber vom Verhandlungsgegenstand weit ab. Sie dient ebenso wie die gleichartige Frage beider Parteien nach der Genügsamkeit der U.S.P. sich mit der Volkspartei zu koalieren, nur dem Zweck, in höflicher Form verstehen zu geben, daß wohl die Verbreiterung nach rechts erwünscht werde, aber nicht die nach links. Damit wird auch klar, daß der Beschluß der Demokraten vom 13. September, der eine Koalition auch mit den Unabhängigen in den Bereich der Möglichkeit rückte, eine leere Geste war.

In Ihrem Schreiben zu den Antworten des Zentrums und der Demokraten kommen Sie zu demselben Ergebnis. Trotzdem wiederholen Sie die am 1. Oktober an uns gerichtete, in unserer Antwort zum gleichen zurückgestellte Frage, ob unsere Partei bereit sei, in das Kabinett Wirth einzutreten.

Nachdem feststeht, daß von den drei gegenwärtigen Koalitionsparteien zwei eine Erweiterung der Koalition nach rechts wünschen und nicht nach links, hat Ihre wiederholte Frage keinerlei aktuelle und praktische Bedeutung mehr. Wir haben daher keine Veranlassung, eine gemeinsame Sitzung der Parteileitung und der Reichstagsfraktion einzuberufen, damit sie zu der völlig gegenstandslosen Frage Stellung nehmen.

Wie wir bisher zu dem Kabinett Wirth gestanden haben und in Zukunft stehen werden, haben wir in unserer Antwort vom 1. Oktober klar ausgesprochen. Hält die Regierung ihre Politik im Rahmen der dort aufgestellten Forderungen, so ist für eine parlamentarische Mehrheit in der Reichstagsfraktion der nächsten Zukunft und in der Durchführung der zur Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen sicher.

Mit sozialistischem Gruß  
Das Zentralkomitee der U.S.P.  
J. A. Crispian.

## Der Fall Ruge.

Gegenüber Angriffen in der Presse wegen der Behandlung des Falles Ruge durch die Justizbehörden, wird vom amtlichen preussischen Justizdienst folgendes festgestellt:

Der frühere Privatdozent Ruge war dem Ermittlungsrichter des Amtsgerichts Breslau vorgeführt worden. Dieser hat den Erlaß eines Haftbefehls abgelehnt, weil er das ihm vorgelegte Material nicht für ausreichend zur Begründung eines dringenden Tatverdachts erachtete. Auf Beschwerde des Oberstaatsanwalts hat das Landgericht auf Grund inzwischen beigebrachten, umfangreichen Materials Haftbefehl gegen Ruge erlassen. Der Justizminister hat der Angelegenheit sofort seine volle Aufmerksamkeit zugewandt. Er ist insbesondere noch mit der Prüfung der Frage befaßt, ob die Bearbeitung der Sache durch den Ermittlungsrichter — der im übrigen über die Erteilung eines Haftbefehls nach freiem richterlichem Ermessen zu befinden hat — zu irgendwelchen Maßnahmen im Aufsichtsweg Veranlassung geben kann.

Die Ermittlungen des Justizministers werden hoffentlich abgeschlossen sein, wenn er die erste Gelegenheit hat, eine sozialdemokratische kleine Anfrage über diesen merkwürdigen Fall zu beantworten. Wir bekommen bei dieser Gelegenheit hoffentlich auch zu hören, welche Beamten verantwortlich für die Entlassung des morderdächtigen Herrn Ruge sind.

## Antisozialistische Propaganda für Provinzialauschussmitglieder.

Der amtliche Preussische Justizdienst schreibt:

In der Sitzung des Provinzialauschusses der Rheinprovinz vom 3. Oktober d. J. ist es gelegentlich der Beratung der Befehlsgabeordnung darüber zu einem Kammermitglied gekommen, daß das kommunistische Mitglied Knob erklärte, eine Pflicht der Geheimhaltung über die Vorgänge und Beratungen des Provinzialauschusses grundsätzlich nicht anzuerkennen. Daraufhin erklärte ein großer Teil der Mitglieder des Provinzialauschusses, unter diesen Umständen an den Verhandlungen nicht weiter teilnehmen zu können.

Die — auch in der Presse vertretene — Befürchtung, daß der Provinzialauschuss hierdurch bis auf weiteres aktionsunfähig sein werde, ist dadurch gegenstandslos geworden, daß am 5. Oktober der Minister des Innern auf Grund des § 51 der rheinischen Provinzialordnung gegen das Provinzialauschussmitglied Knob das Disziplinarverfahren auf Stellenenthebung eingeleitet und gleichzeitig die vorläufige Dienstenthebung ausgesprochen hat.

Daß auch die auf Grund der neuen Gemeindevahlgesetze nach den Wünschen der Verhältnismäßig gewählten Mitglieder der Kreis- und Provinzialauschüsse zur Amtsenthebung über die Beratungen dieser Kollegien verpflichtet sind, und daß eine Verletzung dieser Amtspflicht, insbesondere die Entlassung, die grundsätzlich nicht beachten zu wollen, die Enthebung vom Amte rechtfertigt, ist auch nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts anerkanntes Recht.

# 100%

## Roman eines Patrioten.

Von Hyton Sinclair.

Amerikanisches Gewischt in Berlin-Charlottenburg, Berlin-Palast.

11) (Redaktion verboten)

Dann kam David Andrews, von dem Peter sagte, daß er einer der Ausländer in der Nähe Godesburg ist, ein hochgewachsener, normaler aussehender Mann mit kurzen, grauen Haaren. Was ist dieser Mensch hier unter den Ausländern? Peter gluckte, der Ausländer geht wohl zu den Briten, die durch Auslegung der Unzufriedenheit Geld machen. Nach ihm erschien ein junges Mädchen, mit empfindsam und etwas verträglich. Da sie das Zimmer durchschritt, um Peter die Hand zu reichen, riefen ihr Tränen über die Wangen, und Peter verstaute etwas verlegen, fragte sie, ob sie wohl gerade einen neuen Amerikaner vor sich habe und ob er ihr kein Geld ausstrecken möchte. Doch erwiderte er zu seiner großen Überraschung aus ihrem ersten Worten, daß sie von der Gewichte seiner Lippen bis zu Tränen gerührt werden sei.

Dieses Ida Ruth war eine Dichterin, und für Peter ein neuer Versuch. Nachdem er sich über sie den Kopf zerbrochen hatte, kam er zu der Forderung, sie sei eine der Betrügerin der Bewegung — ein armes, verzweifelter, kleines Kind, das nicht ahnt, in welche verwerflicher Umgebung es sich befindet. Mit ihr kam ein junger, schlanker Mann mit tiefem, edelstem Gesicht und sanfterm in die Augen blickendem Blick; er trug eine Weste, die er mit einem schwarzen Kragen, und sah auch sonst elegant genug aus. Was waren diese Menschen? Peter, der junge Quäker, hat bereits im Interesse des Sozialismus alle Regierungen der Welt in die Luft zu blasen. Das Gleiche gilt auch von der U.S.P., einem der U.S.P. (Amerikanischer Arbeiter der Welt) der die letzten

Die Frauen begannen denn auch bald zu weinen und zu schluchzen, die kleine Ida Ruth wurde inspiriert und begann ein Gedicht zu rezitieren — oder verfasste sie es am Ende gar, während sie sprach? Sie lächelte außer sich vor Empörung. Im Gedächtnis war die Rede vom Zustand des Proletariats — vom Zustand der Masse.

Peter hörte zu und dachte bei sich: „arme Karren!“ Und dann erhob er sich, Donald Gordon, der junge Quäker, schüttelte die schwarzen Locken zurück und begann eine Rede zu halten. Und Peter lachte und dachte abermals bei sich: „arme Karren!“ Ein anderer Mann, Reaktor an einer sozialistischen Zeitung, gestand, daß er eben einen Zeitartikel verfasste; er konnte Guffen und werde Guffens Bild veröffentlicht. Ihn als „Inquisitor“ brandmarken. Er verlangte auch Peters Bild und Peter versprach, sich photographieren zu lassen; unter Peters Bild sollten die Worte kommen: „Das Opfer des Inquisitors.“ Peter hatte keine Ahnung, was dieses lange Wort bedeutete, doch willigte er in alles ein, dachte nur immer: „arme Karren.“ Sie waren alle Karren, regten sich über die Lippen anderer auf.

Doch empfand Peter auch eine gewisse Angst; er konnte nicht umhin, sich seines plötzlichen Heldentums zu freuen, der Gedanke behagte ihm, daß sein Name und sein Ruhm durch das ganze Land verbreitet werden würden, damit das organisierte Proletariat erfahre, welche Methoden der Eisenbahntrakt von Amerika-Güte anwendet, um einen bekannten Arbeiterführer an den Galgen zu bringen! Das Ganze schien vor Peters erschrockenen Augen ins Ungeheuerliche anzunehmen. Peter, die Ameise, fühlte, wie die Erde unter ihm jählings die Bergeshöhe der mächtigen Riesen, die kämpfend über seinem Haupt dahinschlüpfen. Peter fragte sich, ob Guffen erkannt habe, welches Aussehen seine Gesichtszüge zeigen würde, welche mächtige Rasse er mit ihr in die Hände der Felle gebe? Was erwartete Guffen von Peter als Entschädigung für diese Gefährdung der eigenen Sache? Dem hässlichen Reden in der kleinen Stube laufend, verstaute Peter die Tränen, die er nicht wegwischen konnte. Er dachte, daß er

Tränen, Augenlider die nicht den Kampf zu führen vermöchten, sind das eine wichtige Bedingung. Lediglich die Bedingung, dass Herr Köhler sich immer unabhängig, da er einflussreich ist, und sich nicht den Angehörigen der Partei von Amerikanern an. Das waren die Herren, die von den ordnungsgemäßen Dingen getrennt wurden, die der Partei mehr Sorge verursachen, als alle geschilderten Entschärfungen und Reaktionen zusammen. Herr Köhler ist auch die höchste denkwürdige Größe. Er hat nicht erkannt, daß es auf der Welt je zwei und keine einzige Partei gebe. Derartige Meinungen werden zu allem fähig! Herr Köhler hat auf keinen Fall, keine Hilfe verdienen, sondern nur einen zum anderen. Welche von diesen Herren hätte die Bombe geworfen? Würden sie keine Bomben werfen?

## Die neue Regierung in der Tschecho-Slowakei.

Aus Prag wird uns geschrieben:

Die neue parlamentarische Regierung ist gebildet. An ihrer Spitze steht nicht, wie mit aller Bestimmtheit erwartet wurde, der Agrarier Schwebel, sondern zur allgemeinen Überraschung selbst der Parlamentarier und der jetzigen Regierungsmitglieder, der Minister des Außenwesens Dr. Benesch. Das Fallensinken des vermurdeten neuen Regierungschefs wird auf dessen „schlechten Gesundheitszustand“ zurückgeführt. Die Regierungspresse erklärt die Personal-Union zwischen Außenministerium und Regierungsleitung, so plötzlich und unerwartet gekommen ist, als höhere politische Weisheit. Aber gerade im jetzigen Augenblick, da sich der Konflikt wegen des Burgenlandes aufspitzt und Dr. Benesch auf Wunsch der Entente den Dienst des „christlichen Matlers“ versieht, erweist sich die Vereinigung der beiden Funktionen als Nachteil, als eine Gefahr. Gesichtspunkte einer kühnen, um nicht zu sagen abenteuerlichen Politik in die innere Politik hineinzutragen, die sehr notwendige innere Ruhe zu stören. Die Versuchung liegt sehr nahe, daß dem Ministerpräsidenten Benesch durch den Außenminister Benesch das Konzept verdorben wird.

Über seine innerpolitischen Absichten zerbrechen sich Weise und Narren den Kopf. In Wirklichkeit weiß niemand etwas. Der neue Ministerpräsident ist trotz seiner Jugend (er zählt erst 37 Jahre) einer der prominentesten Persönlichkeiten des jungen Staates. Er war der treueste Mitarbeiter Masaryks, als dieser während des Krieges an der Losreißung der Tschecho-Slowakei von der Monarchie arbeitete; er hat sich als teilweises Verdienst anrechnen, durch das Memoire III und durch persönliche Eingreifen in Versailles die Entstehung des Nationalitätenstaates als eines tschechoslowakischen Nationalstaates gefördert zu haben. Auf ihn, der unter persönlichen Gefahren, mit Mut und Fähigkeit an der Schöpfung des Staates so wichtigen Anteil hat, sind die Tschechen besonders stolz, ihm gegenüber versagt fast jede Kritik, seine Stellung als Minister des Außenwesens blieb trotz des so großen Verbrauches von Ministern in der kurzen Zeit des Bestandes der Republik unbestritten. Diese seine Autorität läßt auch das gewagte Experiment zu, ihn zum Leiter des Ministeriums zu machen.

Es ist kein rein parlamentarisches Ministerium geworden. Zu 13 Abgeordneten, die zu Ministern wurden, kommen vier Nichtparlamentarier. Vor allem trat der Chef der Beamtenregierung Černý als Minister des Innern in die neue Regierung; auch Handel und Finanzen kommen unter die Leitung von Nichtparlamentariern, eines Großindustriellen und eines hohen Beamten. Beide heißen Novák. Auf das Finanzministerium hatte die bürgerlichste Partei, die Nationaldemokraten, Anspruch erhoben. Einer ihrer führenden Köpfe, Dr. Rašín, ein Mann der „Sparjamkeit“ gegen Beamte und gegen soziale Forderungen, aber verknüpft und verhandelt mit Banken und Großindustriellen, sollte nach dem Willen seiner Partei um jeden Preis Finanzminister werden. Dessen Verhinderung ist den tschechischen Sozialdemokraten zuzuschreiben.

In der Regierung sitzen nur Tschechen und Slowaken, alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten. Die tschechische Sozialdemokratie, die an Zahl stärkste Koalitionspartei, zählt drei Minister, ebensoviel wie die „tschechischen Sozialisten“ (ehemals Nationalsozialisten). In der Zeit teilen sich Agrarier, Klerikale und Nationaldemokraten. Die Zuteilung der Ressorts entbehrt nicht politischer Präferenzen. Das Unterrichts-Ministerium, um das wegen der bevorstehenden heißen Kämpfe um die Trennung von Kirche und Schule die Sozialdemokraten und Klerikale sich bemühten, erhielt ein Slowake, von dessen Beziehung für Schulfragen niemand etwas ahnt. Der Unterrichtsminister ist Lufars Regierung, der tschechische Sozialdemokrat Habrman, an dessen Tätigkeit die Deutschen nur mit Erbitterung zurückzudenken vermögen, erhält das Ministerium für soziale Fürsorge. Das Eisenbahnministerium wird der Führer der Klerikalen, Monsignore Šramel, leiten. Der Sozialdemokrat Šrba vereinigt in seiner Hand zwei Ministerien: Post und Ernährung. Da der Abbau der staatlichen Ernährungswirtschaft mit einer fast unverständlichen Eile betrieben wird, soll die schädliche Ware mit einer guten Fiaque gedeckt werden.

Den Schlüssel der innerpolitischen Situation wird die Regelung des Verhältnisses zu den Deutschen bilden. Mit Ausnahme der Nationaldemokraten, der Partei der tschechischen Bourgeoisie und der höheren Bürokratie, ist keiner der tschechischen Parteien bei der Stellung der Deutschen zum Staate behaglich zu Mute.

Wenn die chauvinistische Erziehung des tschechischen Volkes, die bis tief in die Kreise des Proletariats hineingreift, den Mut zur Wahrheit nicht so sehr verringert hätte, würde die Erkenntnis von dem den Deutschen angetanen nationalen Unrecht und von der Notwendigkeit einer Umkehr schon vorbreiteter sein. Ein grundsätzlicher Irredentismus findet sich nur im Denken eines kleinen Teiles der deutschen Bevölkerung, ein durch die Behandlung der Deutschen aufgewungener und durch Umkehr zu Gerechtigkeit und Vernunft zu befeitigender bei der Mehrzahl. Schon beginnen das einige tschechische Politiker und Publizisten zu begreifen. Präsident Masaryk hat, obwohl ihn die Deutschen bei seiner Triumphfahrt durch Mähren und durch die Slowakei aus dem Wege gingen, vernünftige und freundliche Worte über die Deutschen gesprochen; in einigen tschechischen Zeitungen melden sich vereinzelt Journalisten, welche

deutschen Sozialdemokraten geübten Schulmeisterlei und geäußerten Verärgerung doch sehr schmerzlich, die eigenen Parteigenossen vor der anderen Nation als schärfste parlamentarische Opposition gegen sich zu haben.

Die Deutschbürgerlichen haben am Schlusse der vorigen Session wegen des Verhaltens der Regierung zu den blutigen deutschfeindlichen Ausschreitungen in Auszug das Abgeordnetenhaus verlassen und sind noch nicht zurückgekehrt. Sie haben auch an der Sitzung des auswärtigen Ausschusses, die nach den Parlamentsserien diese Woche stattfand, nicht teilgenommen. Es ist nicht unmöglich, daß der Gedanke der parlamentarischen Absetzung über Erwägungen der Vernunft bei ihnen Gewalt bekommt. Der Kampf um das Ziel der nationalen Gleichberechtigung ist bei Fernbleiben vom parlamentarischen Boden überhaupt nicht zu erreichen, die Abstinenzpolitik liegt nicht im Interesse der Oppositionspolitik. Der Weg der deutschen Sozialdemokratie ist der neuen Regierung gegenüber vorgezeichnet. Auf dem Boden des Staates wird sie für die Interessen des Proletariats, für seine sozialen und seine nationalen, weiter kämpfen. Der neuen Regierung steht sie ohne Illusion gegenüber. Den Koalitionsgedanken zur Wahrung des ausschließlich nationalstaatlichen Interesses versagt sie den Glauben an Fruchtbarkeit für jene Aufgaben, die der proletarischen Politik für jetzt und später gestellt sind. Daß sie als Vertreter der nationalen Staatsidee auch die tschechischen Sozialdemokraten in der neuen Regierung gegen sich hat, kann an dem eigenen Standpunkt der deutschen Partei nichts ändern. Wir warten auf die Taten der neuen Regierung, durch welche ihre Art gerechtfertigt werden soll.

### Das letzte Programm zur Rettung der polnischen Finanzen.

Aus Warschau wird gemeldet:

Der Finanzminister Michałski hat die Sejm-Parteien voran- gelassen, die Diskussion über sein Finanzprogramm, die schon gestern erfolgen sollte, bis Dienstag aufzuschieben. Inzwischen hat der Finanzminister das Sejm- und Spar- am- letsprogramm Michałskis in vollem Umfange gebilligt. Es soll dem Sejm eine durchgreifende Kürzung der zentralen und lokalen Behörden und des Beamtenpersonals, die Bildung besonderer Sparauschüsse zur Prüfung der Ausgaben des Außen- und Kriegswirtschafts und die Revision derjenigen Gesetze vorge- schlagen werden, die den Staat mit übermäßigen Ausgaben be- lastet haben. Weiter soll der Sejm beschließen, daß keine neuen Kredite ohne Genehmigung des Finanzministeriums bewilligt werden dürfen. Die einmalige Vermögensabgabe soll bezahlet werden vom Landbesitz, vom Anlagekapital der Aktien- Gesellschaften und sonstigen Vereinigungen, vom Aktienbesitz und vom individuellen Einkommen auf Grund der zu zahlenden Krie- ge. Michałski erwartet von dieser Vermögensabgabe einen Ertrag bis zu 10 Milliarden Mark. Die Kommission hat auch diese Vorschläge einstimmig angenommen.

### Des amerikanischen Weltbankiers Druck auf Europa.

Stabilisierung der deutschen Valuta? — Abzahlung der englisch-französischen Schulden oder Abrückung von Krediten?

Einem Bericht des Daily Telegraph zufolge erklärt der ameri- kanische Staatssekretär Hoover in seiner Rede außerdem noch, die großen Banken, die Federal Reserve Bank, die Bank of Eng- land, die Banque de France, die Bank von Amsterdam, die Bank von Italien und die Bank von Spanien könnten vielleicht irgend- einen nicht offiziellen Plan ausarbeiten, der zur Stabilisierung der deutschen Mark und damit zur Stetigkeit in den europäischen Währungen führt. Die Führung und die Aufsicht dieser Banken werde vielleicht das private ausländische Kapital ermutigen, das notwendig sei, um in jedem Falle die ausländische Valuta wieder herzustellen. Es erheime wenig aussichtsreich, diese Dinge durch politische Aktionen zustande zu bringen.

Einer Meldung der Morning Post aus Washington zufolge erklärte der demokratische Senator Mc. Kellar im ameri- kanischen Senat, die europäischen Nationen müßten ihre Schuld an Amerika bezahlen und müßten ohne Verzug mit der Bezahlung der Zinsen beginnen. Das amerikanische Volk werde mit nichts anderem einverstanden sein. Mc. Kellar sagte, das Geld des amerikanischen Volkes sei Großbritannien geliehen worden, um das britische Reich zu schützen. Man leihe Frankreich das amerikanische Geld, damit es eine große Nation werde. England habe im letzten Jahre für seine Flotte 700 Mil- lionen Dollars ausgegeben und 300 bis 500 Millionen für den Kauf von Petroleumgebieten in allen Teilen der Welt. Wäh- rend England zu diesen Zwecken Geld zur Verfügung habe, be- halte es für die Bezahlung der Zinsen kein Geld zu haben. Statt zu zahlen, mache England dem amerikanischen Geschäft Kon- kurrenz. Der amerikanische Senator Kenyon erklärte in einer kürz- lich gehaltenen Rede, wenn England der Verminderung der Rüstungen nicht zustimme, müsse Amerika England sagen, daß es ihm nicht gestatten könne, das amerikanische Geld zum Aufbau der englischen Flotte zu benutzen.

Das Organ der amerikanischen Regierung, die Washington Post, schreibt, wenn auf der Washingtoner Konferenz kein Uebereinkommen erzielt werde, werde die Folge da- von sein, daß die Vereinigten Staaten auf der Begleichung der Schuld des Auslandes bestehen würden, von der ein Teil zu Rüstungszwecken ausgegeben sei.

### Prof. Keynes tritt ein Amt in Indien an.

Der durch sein Buch über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages weltberühmt gewordene englische Finanzwissen- schaftler Professor John Maynard Keynes verläßt England gegen Ende dieses Monats, um eine amtliche Stellung in Indien anzutreten. Professor Keynes, der bereits einmal im Jahre 1911 in Indien gewirkt hat, wird die finanzielle Beratung des fis- kalischen Komitees der neuen gesetzgebenden Versammlung Indiens übernehmen.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Der Streit der Bäcker im Breslauer Konsumverein geht weiter.

Am Donnerstag der letzten Woche empfahl der Schlichtungs- schuß Breslau den Bäckern des Breslauer Konsumvereins, die Arbeit mit 5½ständiger täglicher Arbeitszeit und Arbeitsver- diensterhöhung wieder aufzunehmen. Die Annahmlichkeit dieser Zumutung lehnten die Bäcker einstimmig ab.

pro Tag dieser Lohn reichlich heraus, und liegt keinerlei Ursache vor, auf Grund dessen die Arbeitszeit zu verkürzen.

Die Direktion beabsichtigte nun aber 47 Mann zu entlassen oder die Arbeitszeit für jeden einzelnen auf 5½ Stunden pro Tag zu kürzen. Es würde somit ein Wochenverdienst von 180 Mk. und weniger herausgekommen sein. Daß davon kein Mensch leben kann, ist selbstverständlich, zumal alle Beschäftigten starke Familien haben.

Am Sonnabend, den 8. Oktober, setzte sich die Direktion mit dem Betriebsrat in Verbindung, um auf diesem Wege Verhandlungen anzubahnen. Die Bemühungen des Betriebsratsvorsitzen- den waren die Verhandlungen am Sonnabend und Sonntag voll- ständig ergebnislos, und scheiterten an der Starrköpfigkeit der Direktion, deren Vorschläge vollständig undiskutabel waren, sobald die Streikversammlung, die am Sonntag stattfand, über die Vor- schläge zur Tagesordnung überging.

In einer hier anschließenden Aussprache erklärten sämtliche Streikende, auf Grund des herausfordernden Verhaltens der Direktion den Kampf bis zum äußersten durchzuführen.

Die Bevölkerung Breslaus und Mitglieder des Konsum- Vereins sollen in der laufenden Woche in dazu einberufenen Volksversammlungen über die Ursachen v. d. Schuld am Streik aufgeklärt werden.

Es wird schon heute erlucht, diese Versammlungen, die noch näher bekannt gemacht werden, vollständig zu besuchen.

### Die Produktionsgenossenschaften der Bauarbeiter.

Im April d. J. haben sich die Bauhütten für Rheinland und Westfalen zu einem Betriebsverband, der Bauhüttenverband, zusamen- geschlossen. Dieser Verband erstreckt seinen Wirkungsbereich nicht, wie der Name vermuten läßt, über die ganzen Provinzen Rhein- land und Westfalen, sondern umfaßt nur das Ruhrkohlengebiet und die Bezirke Hagen und Münster, Düsseldorf, Aachen usw. gehören schon nach Köln und Bielefeld nach Hannover.

Im Bezirk des Verbandes bestehen soziale Baubetriebe in Bochum, Buer-Glabbeek, Dortmund, Eilen, Gelsenkirchen, Hagen, Mülheim und Witten. Angeschlossene Walereigenossenschaften befinden sich in Essen, Hagen und Hamm. In den 8 Baubetrieben waren am 31. Juli 1939 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, das sind durchschnittlich 105 Personen auf einen Betrieb. Bei den Wa- lereigenossenschaften stehen 34 Gehilfen in Arbeit. Für 30 Mil- lionen Mark Aufträge befinden sich augenblicklich in der Ausfüh- rung, während 13 Millionen noch der Erledigung harren. Bis zum 31. Juli d. J. sind von den Bauhütten Neubauten für 791 Woh- nungen übernommen. Mit Zug und Recht kann behauptet werden, daß die sozialen Baubetriebe sich durchgesetzt haben. Je mehr Arbeiter zur Ausführung gelangen, desto mehr wächst das Ver- trauen der Auftraggeber.

Wenn so die genügend fundierten und gut geleiteten sozialen Baubetriebe sich ausgezeichnet entwickeln, so hat die „Soziale Bau- wirtschaft“, die Zeitschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe, umso mehr Recht, vor der Gründung solcher Produktionsgenossen- schaften zu warnen, wenn weder die nötigen Betriebsmittel noch eine geeignete technische und kaufmännische Leitung, noch ein tüchtiger Arbeiterstamm vorhanden ist. Der Vorstand des Deutschen Bau- arbeiterverbandes hat seine Orts- und Bezirksvereine aufgefordert, auf die Gründung sozialer Baubetriebe ein wachsames Auge zu haben, damit nicht ungeheure Gründungen den Ruf der großen Sache schädigen.

### Breslau (Land)-Neumarkt. Sozialdemokratischer Verein.

In der am Freitag, den 7. Oktober, stattgefundenen Sitzung des erweiterten Vorstandes wurde nach dem Bericht des Genossen Kleinert vom Sörliger Parteitag, folgende Entschlieung ein- stimmig angenommen:

Die Funktionäre des Sozialdemokratischen Vereins Bres- lau-Land-Neumarkt sprechen ihre Genugtuung über die Schaffung des neuen Parteiprogramms auf dem Sörliger Parteitag aus. Insbesondere begrüßen sie die erneute Befestigung unserer Partei, zur Einigung der gesamten Arbeiterklasse bereit zu sein. Sie erklären sich mit den gefassten Beschlüssen einver- standen.

Angeichts der politischen Verhältnisse ist zweifellos eine Regierungsbildung auf so breiter Grundlage, wie sie durch die Resolution des Parteivorstandes und Parteiauschiusses gegeben ist, notwendig. Bei einer Verständigung des Parteivorstandes und der Fraktionen in den Parlamenten mit den für die Re- gierungsbildung in Frage kommenden Parteien ist an den Be- schlüssen Mindestforderungen unverbrüchlich festzuhalten.

Es wurde ferner mitgeteilt, daß am Mittwoch, den 26. No- vember (Sabbat), der diesjährige Bezirksparteitag stattfinden wird und haben folgende Ortsgruppen Delegierte zu entsen- den: Sadewitz, Kattern, Gnidwitz, Al.-Gambau, Schmolz, Deutsch-Lissa und Kallisch.

Außerdem sind die Ortsgruppen Neumarkt und Neutitz durch die Kreisvertrauensleute auf dem Bezirksparteitag ver- treten. Die Ortsgruppenführer werden erlucht, umgehend die Wahl der Delegierten vorzubereiten und die Namen und genaue Adresse derselben bis zum 7. November bestimmt dem Sekretariat mitzuteilen.

Wie im vorigen Jahre, so soll auch in diesem Jahre der Tag der Resolution durch würdige Feiern begangen werden.

Unter anderem wurde noch mitgeteilt, daß die Genossen in den Gemeindevertretungen dafür sorgen sollen, daß die Plafat- steuer in den Gemeinden nicht eingeführt wird, da sie nur eine Belastigung für die Verantwortlichen von Versammlungen ist und den Gemeinden keine nennenswerten Einkünfte bringt.

### Aus der Provinz Schlesien.

#### Wie sollen sich Kinder gegenüber elektrischen Leitungen verhalten?

1. Du sollst nicht an Leitungsmasten hinaufklettern. 2. Du sollst nicht auf Bäume, Gerüste oder dergleichen Leitern, an denen Freileitungen vorbeiführen, denn nicht nur durch die unmittelbare Berührung der Leitungen, sondern auch durch die Berührung von Ästen und Zweigen in der Nähe der Hochspannung führenden Lei- tungen können Menschen zu Schaden kommen. Besondere Vorsicht ist daher auch beim Abreiten der Obstbäume geboten, wenn sie sich in der Nähe von Freileitungen befinden. 3. Du sollst nicht auf Transformatorhäuschen und ihre Umzäunungen klettern. 4. Du sollst in der Nähe von Freileitungen nicht Drachen steigen lassen, denn die Drachenschwänke können, besonders wenn sie etwas feucht sind, im Falle einer Berührung mit einer Leitung den Strom gut leiten und so eine Verletzung oder den Tod des die Drachenschwanz haltenden Kindes herbeiführen. 5. Du sollst nie einen von einem Leitungsmast herabhängenden oder am Erdboden liegenden Draht berühren. 6. Du sollst an den zur Verheilung der Leitungsmasten dienenden Querankern nicht rütteln oder hanteln. 7. Du sollst nicht mit Steinen oder anderen Gegenständen nach den Hochspan- nungspolaren oder nach den Leitungsdrahten werfen; abgesehen von allen möglichen Störungen für den Betrieb des Elektrizitätswerkes

**SCHAUBURG VIKTORIA-THEATER** Beginn: 7 1/2 Uhr! **DK** 2 Erst-Aufführungen in beiden Theatern

4486 D e **Schreckensnacht in der Menagerie** Was ein schlechtes Weib vermag  
5 abenteuerreiche Akte mit **Carl de Vogt**, **Elsie Lotte**, **Picha** als Clown **Jimmy**, **Magde Jackson** - Kreolin.

**Michael Bohnen** von d. Staatsoper Berlin, **Herkulesdarsteller** aus **Herrin der Welt** **Loris Brody**, Meisterboxer in dem Sensationsfilm **„Santa Maria“**, das Geheimnis eines Wracks, 6 Akte. Außerdem in beiden Theatern **neue** Variété-schau.

Variété-Schau! Ab Freitag: Neueste amerikanische Sensation!  
Das Zersägen einer Dame vor dem Publikum.  
Colon, der Mann, den niemand heben kann! Alle starken Männer Breslaus sollen sich melden.

**Ruba-Seife**  
Beste Hauswaschseife.  
**Rudolph Balhorn**  
Seifen- und Parfümerie-Fabrik.

**Stadt-Theater.**  
Schauspielhaus.  
Operntheater.

**Bereinigte Theater in Breslau.**  
Rube-Theater. Tel. 6774 Thalia-Theater.  
Montag, den 10. Oktober 7 1/2 Uhr abends:  
Schauspielserie B.  
Zweite Vorstellung: „Kriemhilds Rache“.

**Fledermaus-**  
Morgen und folgende Tage  
Täglich 3 Uhr Täglich  
**Uraufführung**  
Der außergewöhnliche Publikumsfilm

**Anne Marie.**  
Das Mädchen aus dem Armenhause.  
Das schärfste und beste Sittengemälde der Jetztzeit  
in 6 Akten.

Obdachlos aufgefunden Von Stufe zu Stufe  
Strafbare Handlungen bejahrter Männer 7396

Enormes Aufsehen erregt das Erscheinen dieses Films mit Reichszensur in der gesamten Film- und Theaterwelt.  
Außerdem: Riesenfilm  
**„Nobody“** I. Teil: Der geheimnisvolle Passagier mit Sylvester Schaffer.  
Großes Beiprogramm.

Heute unwiderruflich letzter Tag! Der Gefangene in: „Die entlassene Mönchshölle“.

**ZEPTEKINO**  
Heute letzter Tag.  
5 Uhr:  
**Harry Piels schwerster Sieg** 6 Akte oder:  
**Wer war der Retter ohne Kopf?**  
Von jetzt ab ständig  
Freitag bis Montag  
täglich 4-5 Uhr:  
Kinder-Vorstellung!  
6 Schlagerfilme!!

**Zeltgarten**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
Die 10 Oktober-Attraktionen.

**Luna-Park**  
Heute ab 4 Uhr:  
Gemütliches Kaffee-Kränzchen  
Abends 6 Uhr: **BALL**  
In der Tempelstraßen-Anfahrt von  
**Diwa Lu Margo**  
Die große Tanz-Attraktion!  
Eintritt 4.50 Mk. Taxt frei.

**Achtung! Mitglieder Achtung!**  
des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes  
(Verkehrsbund)  
Mittwoch, 12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr,  
in der „Wilhelmsburg“, Mendorfstraße 54  
**Mitglieder-Versammlung**

Tagesordnung:  
1. Bericht der Ortsverwaltung für das III. Quartal.  
2. Preisbestimmung.  
3. Stellungnahme zur Betriebsänderung.  
4. Beschlüsse des Mitgliederversamms.

Mitgliedschaft oder Karte ist vorzulegen.  
Die Ortsverwaltung. J. A.: Senk.

**Für den Winter**  
kaufst jetzt jede Hausfrau  
Kinder-Unterhosen mit Beisen, in 12.00  
Uniflaglädler 170x170 . . . . . 28.00  
Wolldecken . . . . . 42.00  
Prima Gerstenkörner-Sandlöffel . . . 13.50  
Arbeitskissen . . . . . Paar 50.00

Großes Lager in  
Frauen-, Männer und Kinder-Wollwaren.  
**„Volkswohl“** Bauhofstraße 23  
Schles. Gebirgssteine - Handweberei - Niederlande  
Inhaber **Hugo Klose**, früherer Schmiedmeister.

**Streblener Tor**  
**Luna-Säle**  
Eintritt, Lohn 6. Bahnstation.  
Täglich große  
**Preis-Ringskämpfe.**  
Heute Montag ringen:  
**Savage**, **Europa**, **Mack**,  
**Lotta**, **Hummel**,  
**K.H.**, **Breslau**,  
**Weinara**, **Amstutz**,  
**Mocker**, **Brennberg**,  
**Reiber**, **König**,  
Gr. Eichenbühl-gesellschaft  
**Jahneson**, **Litaven**,  
**Kochman**, **Isidor** usw.

**Bettfedern**  
Sehr billig und weiß erweicht Spezialgeschäft **Herzig**,  
Matthiasstraße 106, I. Etg., am Markt (Kornladen).  
**Schicke Herrenkleidung**  
nach Maß schneller als wenn Sie Ihre alten Kleider machen  
und umarbeiten. Telefon 1517.  
**Militär-Mäntel**  
werden bei uns in toller Ausführung zu den besten Spezialpreisen  
überall umhergeschickt. Feinweberei, Stoffe werden zur  
Schnellherstellung angenommen. Güte, Beschaffenheit können  
nach Tagen. Auswärtige Bestellungen werden prompt erledigt.  
**jaschonek & Kleiner**, Schneiderei-Handwerk, Eichenstraße 2.

**P.P.**  
Dem geehrten Breslauer Publikum teilen wir  
ergebenst mit, daß es uns gelungen ist, den  
bekanntesten Schauspieler **Direktor Ad. H. Stein-**  
**mann** mit der großen deutsch-amerikanischen  
**Manege-Schau „Über'n großen Teich“**  
für ein kurzes Breslauer Gastspiel zu ge-  
winnen. Eine kostbare, neue Manege-Aus-  
stattung, hervorragende Künstler, bedeutende  
erfolgreiche Attraktionen werden sich zu einer  
erfolgreichen Schöpfung vereinen. **Sonnabend,**  
**den 15. Oktober** abends 7 1/2 Uhr, ist die  
Erst-Aufführung. Gewöhnliche Circuspreise.  
Ergebnis  
**Direktion Circus Busch**  
Berlin - Breslau - Hamburg

**Wochenblatt**  
eigene Kühlwaggons  
blutfrische Seefische  
**Nordsee**  
Ab Montag früh 8 Uhr  
ff. Portions - Angel - Schellfisch 290  
Caviar in K. 1-3 Stück 415  
Caviar im Schnitt 530  
Seelachs in Schnitt 550  
H. über 100 Stück 300  
ff. über 100 Stück 425

**Wochenblatt**  
eigene Kühlwaggons  
blutfrische Seefische  
**Nordsee**  
Ab Montag früh 8 Uhr  
ff. Portions - Angel - Schellfisch 290  
Caviar in K. 1-3 Stück 415  
Caviar im Schnitt 530  
Seelachs in Schnitt 550  
H. über 100 Stück 300  
ff. über 100 Stück 425

**Parteilreunde**  
kauft an Bahnhöfen,  
verlangt in Hotels,  
Restaurants, Cafés  
stets die  
**Volkswacht**

**Marineblau Tuchanzüge**  
fertig und nach Maß.  
Moderne Ausführung  
in eigener Werkstatt.  
**Cutaway**  
streng nach neuesten  
Formen gearbeitet, in  
schwarz und marone  
**Ulster-Schlüpfer**  
Meine großartig angelegte  
**Maßabteilung**  
bietet Ihnen die tatsächl.  
Garant. zu Arbeit in jeder  
Paß. Fachm. Ausk. i. sil.  
Beleid. Angelegenh. ohne  
irgend einen Vorwand.  
**Wlth. Ed. Schubert**  
43 Klosterstr. 43

**Zu kaufen gel.**  
**Alt-Metalle**  
Kauft u. zahlt hochst. Preis  
für: Silber, Gold, Kupfer, Zinn,  
Platin, Nickel, Eisen, Stahl,  
Alu., Messing, Bronze, etc.  
7200 N. Lüddecke, Stadtgraben 2.

**Damen-Hüte**  
**R. Glücksmann**

**Frauen-Artikel**  
Spülsprigen  
Wäsche  
Bett- und Tischdecken  
Gummivarren

**Mutter und Kind**  
von Georg Sticker  
Wie man heile Gegen-  
stände mit Kindern  
bestimmt.

**Beste**  
Gummivarren  
in Gummivarren  
Gummivarren, Gummivarren,  
Gummivarren.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 10. Oktober.

Sozialdemokratischer Verein.

Montag, den 10. Oktober 1921. In allen Bezirksstellen Bezirksversammlungen. Vortragsthema: „Wohnungsseind und Sozialdemokratie“.

Achtung Bezirksführer! In allen Bezirksversammlungen werde man heute noch einmal nachdrücklich auf die drei Aufführungen des schon besprochenen Volksdramas „Das Gefek“ von Genossen Paul Baber, dem Chefredakteur der „Volkswacht“, hin. Kein Mitglied der Partei darf verkümmern, sich diese geschichtliche Darstellung aus der Heroenzeit der Sozialdemokratie anzusehen.

Bezirksführer! Es ist dringend erforderlich, von den heutigen Bezirksversammlungen sofort einen Bericht dem Parteisekretariat zu geben.

Distrikt 19. Die Versammlung des Distrikts 19 findet nicht, wie irrtümlich angegeben, bei R. Müller, Neue Weltgasse 44, sondern im „Goldenen Sämann“, Kupferknechtstraße 22/23, statt.

Distrikt 41. Die Versammlung des Distrikts 41 findet nicht im „Kurgarten“, sondern bei Müller, Franziskanerstr. 174, statt.

Die nächste Sitzung des Bildungsausschusses der Breslauer Arbeiterkammer findet am Samstag, den 15. Oktober, abends 7 Uhr, im Zimmer 32 des Gewerkschaftshauses, statt.

Kartoffelversorgung der Städte.

Die Preisstelle beim Oberpräsidium teilt uns mit: Im Oberpräsidium fand unter Vorsitz des Oberpräsidenten eine Sitzung über die Kartoffelversorgung der städtischen Bevölkerung Schlesiens im kommenden Winter statt. An der Sitzung nahmen außer Vertretern der Provinzial-, Bezirks- und städtischen Behörden Mitglieder des Landbundes, des Kartoffelhandels und der Verbraucherschaft teil. Oberpräsident Zimmer legte in eindringlichen Worten die Notwendigkeit dar, vor allem die größeren schlesischen Städte und Industriebezirke, so Breslau, Waldenburg usw., ausreichend mit Kartoffeln zu versorgen, während der Vertreter des slesischen Regierungspräsidenten besonders für die Versorgung der Städte des niederschlesischen Industriebezirks eintrat. Bei der Besprechung kamen verschiedene Vorschläge zur Sprache, die besonders die Preisbildung betrafen. Vor allem wurde die Preisstabilität gefordert, die durch die von großen industriellen Werken herausgesandten Aufkäufer verursacht werde, welche jeden Preis zahlten. Die Vertreter der Erzeuger- und Handelskreise gaben verschiedene Anregungen, die der Oberpräsident an die zuständigen Stellen weiterleitete; sie traten vor allem für einen Abbau der hohen Frachtkosten für Sendungen aus Ostpreußen, der Grenzmark und Pommern ein und verlangten eine kurze Umlaufzeit für die Wagen. Zu Wagen, die eine abschließliche Zurückhaltung von Kartoffeln durch Landwirte zum Gegenstand hatten, die hofften, im kommenden Frühjahr höhere Preise zu erzielen, bemerkte Staatsanwaltschaftsrat Thack, daß durch die Verordnung vom 8. Mai 1918 gegen Preisstabilität eine Zurückhaltung von Waren zur Erzielung einer Preissteigerung ein strafbares Verhalten darstelle und daß die Polizei zum Einschreiten verpflichtet sei, wenn ihr derartige Fälle bekannt würden. Die Versammlung war sich einig, daß nach Möglichkeit Zwangsmaßnahmen zur Erfassung der Kartoffeln vermieden werden sollten, hielten es aber gleichzeitig für außerordentlich wichtig, daß durch den Landbund die ländliche Bevölkerung über die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Versorgung der Städte mit Kartoffeln weitgehend aufgeklärt werde und bestenfalls Methoden für eine billigere Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung an, wie sie beispielsweise im Kreise Glogau, Goldberg-Sagan u. a. schon zur Anwendung kommen. Oberpräsident Zimmer wies abschließend darauf hin, daß auch er den Standpunkt vertritt, daß Zwangsmaßnahmen vermieden werden sollten; das sei aber nur dann durchführbar, wenn sich auf dem Wege der gegenseitigen Aufklärung und freiwilligen Entgegenkommens des Landes die Versorgung der städtischen Bevölkerung zu ertäglichen Preisen in dem kommenden schweren Winter erreichen lasse.

Unterstützung eines kapitalistischen Unternehmens durch das Reichswirtschaftsministerium?

Seit einigen Wochen verleiht die „Gefek“ Anleihen an alle möglichen Korporationen in der diese G. m. b. H. in nahezu nachlässiger Weise als als gemeinnütziger Betrieb in Erbauung bringt. Man operiert vor allem damit, daß der Ertrag dieses Unternehmens speziell den Kriegsgefangenen und Kriegsschadigtenorganisationen zu Gute komme. Dieses ist nichts als eine Täuschung und darauf berechnet sicher ins Geschäft zu kommen.

Die Geldgeber sind ein Dr. Nieber-Breslau, der Millionär Frankel-Neukirch und der frühere Oberleutnant von Schweinitz, Lüttichsberg in Bismarck. Direktor ist ein Herr Güntherberger.

Diese Geldgeber erhalten nach den bestehenden Bestimmungen 0 Prozent des Reingewinns. Weitere 25 Prozent des Reingewinns sollen den genannten Organisationen zugeführt werden. Ob bisher die Organisationen etwas vom Reingewinn erhielten, wissen wir noch nicht feststellen, ist aber möglich, da eine der letzten Sitzungen der Verwaltung sich damit beschäftigte, den anliegenden Gewinn für die Organisationen herabzusetzen. Wer die städtischen 25 Prozent Gewinn einsteckt ist noch nicht geklärt, vermutlich das Direktorium.

Das Vorstehende ist jedoch immerhin nicht das Wichtigste. Die „Gefek“ hat den Betrieb nach Bekleidungsgegenständen an Korporationen zu verhältnismäßig billigen Preisen übernommen. Diese Verbilligung ist nur möglich durch sehr hohe Reichsverschüsse, die, wie wir hören, durch das Reichswirtschaftsministerium geleistet werden. Hier muß doch die Frage aufgeworfen werden, ob die Praxis des M. A. rein kapitalistischen Gesellschaften durch Verbilligung verbilligter Bekleidungsgegenstände große Vorteile zuführen, die Richtige ist?

Warum benutzt man nicht bestehende wirklich gemeinnützige Einrichtungen, wie sie im Reich zu Tausenden in der Form von Genossenschaften vorhanden sind, um diese verbilligten Sachen zu beschaffen?

aber alle Bemühungen auf weitere Besserung seien gescheitert. Nachdem sei die „Gefek“ auf den Plan getreten.

Wir sind so arm geworden, daß das M. A. sich den Luxus Kapitalistenreisen zu besonderen leichten Gewinnen zu verschaffen, wirklich nicht mehr leisten sollte. Uns erscheint restlose Aufklärung dringend nötig. Vor allem müssen die Gewerkschaftsvertretungen sofort die Initiative ergreifen, um da Remede zu schaffen.

Volksversammlung der Alkoholgegner.

Im Rahmen der Alkoholgegnertagung, die gegenwärtig in Breslau Mauern abgehalten wird, fand am Sonntag mittig eine große Volksversammlung im „Zirkus Busch“ statt, zu der nicht nur zahlreiche Alkoholgegner, sondern auch Alkoholfreunde gekommen waren.

Es muß gleich eingangs vermerkt werden, daß die Versammlung einen sehr unwürdigen Verlauf nahm, was offenbar auf unreife Elemente, oder auf Leute, die nicht die Wahrheit vertragen können, zurückzuführen ist. Jedenfalls müssen wir es weit von uns weisen, daß unsere Leute die Versammlung hörten; unsere Arbeiter sind daran gewöhnt, eine andere Meinung ruhig anzuhören, auch wenn es nicht die ihre ist.

Bald nach Eröffnung der Versammlung erhob sich ein großer Lärm und Geschäftsordnungsdebatten setzten ein, die verlangten, man solle auch den Alkoholfreunden reden lassen. Doch als ihnen auch dies zugesichert worden war, wurde noch keine Ruhe. Am unangenehmsten war diesen Schreibern das statistische Material des Univeritätsprofessors Genossen Dr. Fuchs, dem dann auch seine Ausführungen für dieses Publikum zu schade waren, weshalb er seinen Vortrag abbrach. Einigenmaßen durchgehlen konnte sich Vater Elpidius-Düsseldorf. Er wies dann darauf hin, daß auf keinem Gebiete solche Verschwendungslust herrsche, als auf dem Gebiete des Alkoholkonsums. Tatsache ist, daß wir im Jahre 1919 in Deutschland 15 Milliarden für Alkohol ausgaben. Und dies in einer Zeit, wo wir unsere Kinder nach Holland schicken und aus Amerika die Quäterhilfe annehmen. Es ist eine Schande für einen Familienvater, der das Geld vertrinkt und sich die Kinder von anderen ernähren läßt. Im Kriege haben wir uns die heillosen Verschwendung der Nahrungsmittel im Alkoholbetrieb gefallen lassen müssen, weil „die Leute in Stimmung gehalten werden mußten“, nun aber sind wir nicht mehr gewillt, das Wohl einliger Alkoholkapitalisten über das Wohl des gesamten Volkes zu stellen. Deutschland kommt wieder hoch, wenn wir uns gegenseitig helfen und dies kann nur die freiwillige Abstinenz erreichen. Wir können unserem darniederliegenden Vaterlande wieder aufhelfen, wenn wir mitwirken an der Mäßigkeitsbewegung.

Alsdann kam eine Reihe von Alkoholfreunden zu Wort. Da war es vor allem der Brauereiarbeiter Genosse Jüttner, der den Grund für den Alkoholgenuss in den elenden Wohnverhältnissen erblickt. Mit Recht forderte er bessere Lebensbedingungen für den Arbeiter, dann werde die Trinkreform von selbst kommen.

Ein Direktor Risse aus Dresden stellte sich dahin vor, er vertrete nicht nur das Kapital, sondern auch die Interessen hunderttausender von Brauereiarbeitern. Daß sich die Geistlichen der Abstinenzbewegung anschließen, gefiel ihm garnicht; er rief diesen, sich um ihre eigene Existenz zu kümmern. Im übrigen fand er es unverantwortlich, daß man eine so blühende Existenz vernichten wolle.

Schließlich sprach u. a. auch noch ein Vertreter der U. M. Dr. Drueder, der die Arbeiter dringend ermahnte, nicht ihr Unglück im Alkohol einzulassen; denn dann werde das Elend nur noch größer; und sie schaden nicht nur sich selbst und der Familie, sondern der gesamten Arbeiterbewegung. Die volkschädigenden Betriebe müssen umgestellt werden in andere Betriebe und diese werden dann auch die Brauereiarbeiter aufnehmen.

Die erhöhten Gaspreise.

Vom städtischen Presseamt wird uns geschrieben: Auf Grund eines Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung ist die Betriebsdeputation berechtigt, vierteljährlich den Gaspreis nach den erhöhten Kohlenpreisen festzusetzen. Und zwar wird bei einer Erhöhung von 2 Mark für eine Tonne Kohlen der Gaspreis um 1 Pfg. erhöht. In der jetzt beschlossenen Erhöhung von 1,55 auf 1,80 Mark für den Kubikmeter sind nur diese gewissermaßen normalen Erhöhungen der Kohlenpreise enthalten. Die Kosten, die durch den Holenputz im Mai und dem dadurch verursachten Einfluß wechselfähiger Kohlen herrühren, sind dagegen auf Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung durch die Erhöhung um je 10 Pfg. für den Kubikmeter ein für alle Male für das ganze Rechnungsjahr 1921 abgegolten worden.

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Was behandelt das Volksdrama „Das Gefek“? Nach der Berliner Aufführung des Stückes schrieb darüber das „Berliner Tageblatt“:

Drei knappe, von Handlung erfüllte Akte, in denen der Kampf um die politische Ueberzeugung, um die soziale Weltanschauung, lebendig wird. Man hört die ersten Quellen zwischen, steht tausend mit ungeheuren Kräften begabte Hände vergeblich am Werke, sie zu verstopfen. Und erkennt unmittelbar und ganz ungewisselhaft in jener ersten Erörterung, wie sie nur die bedeutende Szene zu gemähren vermag: Neben der großen historischen Bewegung, die zum Sturmwind wurde, ewige Sieghaftigkeit der Idee, ewige Ohnmacht der Gewalt.

Der Arbeiter Hubert Stein ist der geistige Führer eines kleinen Kreises von Berliner Genossen, die unter dem Sozialistengesetz für den Sozialismus eine intensive Propaganda entfalten und vor allem auch eine in der Schweiz gedruckte Zeitung — unter dem harmlosen Titel „Schweizerkäse“ importiert — vertreiben. Spindel, „Achtgroßenjungen“, haben sich bei ihnen eingeschlichen und verraten die Mitglieder an den Inspektor des Postzensors, der ein wütender Sozialistenfresser ist. Eine dramatische Verhandlung bestreift das Schicksal Huberts. Einer der Genossen, ein Kraftmensch, packt den Spindel, der alle am Meißer geliefert hat, bei der Kehle und wird selbst durch einen Hieb mit der Plempie tödlich getroffen. Der Schuhmann, der ihn zur Strecke bringt, ist der Bruder Hubert Steins, ein Mann, dem der „Kranke Dienst“ und die Verfolgung der „Politik“ ein Eoangetum war, und der nach dieser letzten Tat, angeekelt von keinem eigenen Beruf und in furchtbarstem Gewissenskonflikt, sich die Uniform abzweigt und sie dem Vorgesetzten, der den Vorleserzug vor Augen sieht, vor die Füße wirft. Hubert selbst verfällt der Ausweitung.

Steuerabzug und Betriebskoste für Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen.

Nach Finanzamt der Stadt Breslau wird nochmals auf den neuen Steuerabzug ab 1. Oktober aufmerksam gemacht. Als Abgeltung familiärer Werbungskosten sind demnach von dem Steuerabzug des wöchentlichen Arbeitslohnes 5 Mark, hat bisher 3,60 Mk. in Abzug zu bringen. Der bisherige Abzug von 20 Prozent der Bruttoeinnahme fällt ab 1. Oktober fort.

Als Heimarbeiterin oder Heimarbeiter sollen lediglich die gelten, die nur hiebei Auftragsarbeit zur Fertigstellung in ihrer Wohnung übernehmen, als sie allein zu leisten imstande sind. Heißen Kinder oder andere im Haushalt befindliche Angehörige, die nur hiebei Auftragsarbeit zur Fertigstellung in ihrer Wohnung übernehmen, als sie allein zu leisten imstande sind.

tätig ist, ist gleich, sie gilt auch dann noch als Heimarbeiterin. Bei Bestellung der Bügelkoste soll stets das Lohnbuch als Ausweis dienen, und es soll der Arbeitgeber der Heimarbeiterin verpflichtet sein, bei deren Entlassung dem hiesigen Kohlenversorgungsamt Mitteilung zu machen.

Von der Provinzial-Preisprüfungsstelle.

Von der Preisstelle des Oberpräsidiums wird uns mitgeteilt: Die Provinzial-Preisprüfungsstelle ist mit allen Kräften bemüht, soweit ihre Machtmittel ausreichen, der herrschenden Teuerung zu begegnen. Sie richtet aber auch an die Bevölkerung die dringende Bitte, sie tatkräftig in diesen ihren Bestrebungen zu unterstützen und sich bei offensibaren Ueberwertungen an die in den einzelnen Städten bestehenden Preisprüfungsstellen zu wenden. Die Provinzial-Preisprüfungsstelle hat verschiedentlich Angemessenheitspreise veröffentlicht und wird darin fortfahren. Die Bevölkerung erhält dadurch die Möglichkeit, zwischen berechtigten und unberechtigten Forderungen für bestimmte Warengruppen zu unterscheiden.

Die Räume der städtischen Preisprüfungsstelle Breslau befinden sich am Blücherplatz 6/7, Zimmer 22/23.

Frau Elisabeth Darf †.

Am Sonntag ist unsere Genossin Elisabeth Darf nach fast einjährigem schweren Leiden gestorben. Als zweite Frau war sie ihrem Mann nicht nur sechzehn Jahre lang eine treue und tapfere Gefährtin, die während seiner Gefängniszeit und seiner sonstigen Abwesenheit alle Sorgen der Kindererziehung fruchtbar auf sich nahm, sie war auch mit ganzem Herzen bei der Partei. Noch bei der letzten Landtagswahl erhob sie sich mühsam von ihrem Schmerzenslager, um ihre Wahlpflicht zu erfüllen, wobei sie bedauerte, diesmal für die Partei nicht mehr tun zu können, als ihre Stimme abzugeben. In ihren geliebten Tagen war sie auch in der städtischen Wohlfahrtspflege mit großer Hingabe an die von ihr Betreuten tätig. Ihre freudigsten Stunden aber verlebte sie im Kreise ihrer Sangeschwestern vom Frauen- und Mädchenchor „Frohinn“, dem heutigen Volkspor. Gar vielen, die wir untern schreiden sehen, hat sie am Grabe ein „Ruhe sanft“ gelungen. Ihr schweres Leiden trug sie mit der Standhaftigkeit abgestärkter Freidenkertums und bei den vielen Freundschaftsbeweisen, die ihr bis zuletzt zuteil geworden sind, erklärte sie: „Ich habe keinen Feind; leider kann ich nicht weiter unter den vielen guten Menschen leben.“ Und in der Tat werden heut gar viele Genossen und Genossinnen mit Bedauern vernehmen, daß „die Elise“ nicht mehr unter den Lebenden weilt.

Zweierlei Verwaltung.

Die Arbeiter und Angestellten des Stadthauses nahmen in einer nachahlig behuteten Verammlung Stellung zur Feier des 20jährigen Bestehens des Hauses. Mit Zustimmung wurde davon Kenntnis genommen, daß die Beamten bereits eine Jubiläumfeier veranstaltet hatten und zwar unter dem ausdrücklichen Beschluß, die Angestellten und Arbeiter von dieser Feier auszuschließen. Ein Zeichen der Zeit, wie noch im Jahre 1921 Klagen gegen die Beamten werden, indem jüngere Beamte derartige Gedenktage veranstalten und ältere 20 Jahre hindurch dort beschäftigte Arbeiter und Angestellte hiervon ausgeschlossen wurden.

Die Verammlung beschloß nach lebhafter Debatte, von einer besonderen Gedenktage abzusehen, da die Zeiten nicht dazu angehen sind, unnötigerweise getrennte Gedenktage zu begehen. So geschah im Jahre 1921, im 8. Jahre der Republik, als würdiges Gegenstück zur Jubiläumfeier des „Schlacht- und Viehhofs“.

Sprechstunden bei den Versorgungsbehörden.

Von amtlicher Stelle wird geschrieben: Aufgabe der Versorgungsbehörden in ihrer Eigenschaft als soziale Institution ist es, den Versorgungsberechtigten mit Rat und Tat zur Verfügung zu stehen. Infolge eingetretener Arbeitsüberhäufung waren das Hauptversorgungsamt und die ihm unterstellten Versorgungsämter gezwungen, den Verkehr mit den Rat suchenden auf eine bestimmte Zeit, zumeist von 9—12 Uhr nachmittags, zu beschränken. Während dieser Sprechstunden sollen Fragen und Wünsche entgegengenommen, Auskünfte über Versorgungsansprüche erteilt werden. Im Interesse der Rat suchenden selbst liegt es, wenn sie die von der Behörde angegebene Zeit streng innehalten, aber auch die mündliche Rücksprache bei der Behörde auf das notwendige Maß beschränken. Ein Ueberreichen der Sprechstunden hat eine Verzögerung in der ordnungsmäßigen Bearbeitung der Anträge zur Folge, ein Nachteil, der von den Versorgungsberechtigten selbst am meisten empfunden wird. Deshalb ergeht noch einmal der Rat: „Ihr Kriegsbeschädigten, Kriegserhinterbliebenen, haltet die von den Versorgungsbehörden vorgeschriebenen Sprechstunden inne. Ihr müßt Euch Euren versorgungsberechtigten Brüdern und Schwestern!“

Die juristische Sprechstunde.

findet in dieser Woche statt: Dienstag, den 11. Oktober, von 12—1 1/2 Uhr, und Freitag, den 14. Oktober, von 12—1 1/2 Uhr. Eingang Grünstraße 46. Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abkommensquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

Sozialdemokratische Stadtverordnete und Stadträte. Morgen Dienstag, den 11. Oktober, abends 8 Uhr: Wichtige Fraktions-Sitzung im Gewerkschaftshaus. Das Erscheinen aller ist dringend notwendig.

Ein dreifaches Jubiläum. Unser Parteigenosse, der Tischler Georg Schmidt, Große Dreilindengasse 5, feiert am 10. Oktober seine Silberhochzeit, ist 25 Jahre Abonnent der „Volkswacht“ und wohnt 25 Jahre in derselben Wohnung. Wir wünschen dem Jubilar, daß er in bester Gesundheit sein 50jähriges Jubiläum erleben möge.

Klinik der Univerität Breslau (Leiter Professor Dr. M. Casper). Fernsprecher Ring 1942, seither Matthiasplatz 5, befindet sich nun jetzt ab im Neubau der Landwirtschaftlichen Institute, Breslau 16, Hansplatz 25, Ecke Tiergartenstraße. Poliklinische Behandlung kranker Tiere wochentags von 10—12 Uhr vormittags.

Sparame Verwendung von Brennstoffen. Es ist gelungen, die augenblicklich in Berlin gezeigte, äußerst lebenswerte Ausstellung „Die Wärme im Haushalt und Kleingewerbe“ für Breslau zu gewinnen, bevor sie in anderen Städten Deutschlands gezeigt wird. Zweck der Ausstellung ist, weite Kreise der Bevölkerung über die sparsame Verwendung der Brennstoffe im Haushalt und Kleingewerbe zu belehren. Zahlreiche Beispiele an Modellen werden nicht nur den Verbrauchern, sondern auch dem Fachmann (Schornsteinfeger, Töpfer, Cienfeger usw.) wertvolle Aufklärungen über Ersparnisse bei der Verwendung von Heizstoffen geben. Die Ausstellung wird am 22. Oktober 1921 im Ausstellungsgebäude in Scheitnig eröffnet werden.

Im Brand in Düren. Wie das städtische Presseamt zu dem Brande im Gaswerk Düren auf Anfrage mitteilt, lassen sich die vom Feuer erfaßten Kohlen zur Gasanreicherung weiter verwenden.

